



Konzept Steuer-gerechtigkeit

Gerechte Steuern für mehr Zukunftsvorsorge

Mehr Steuergerechtigkeit, mehr Binnennachfrage	1
Einkommensteuer – Tarif gerecht gestalten	4
Mehr brutto für mehr netto!	6
Familien fördern – Reform des Ehegattensplitting	8
Reform der Entfernungspauschale	9
Zahlen die Reichen zu viel?	10
Vermögen gerecht besteuern	12
Erbschaftsteuer reformieren – aber richtig!	14
Unternehmensgewinne wieder stärker besteuern	16
Gemeindefinanzen stärken: Gemeindewirtschaftsteuer	22
Finanztransaktionsteuer	24
Kapital – das „scheue Reh“	26
Verbesserung des Steuervollzugs	28



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

*Vgl. die Broschüre „Finanzkapitalismus, Geldgier in Reinkultur“, Seite 20–21, ver.di Bereich Wirtschaftspolitik, Oktober 2007, www.wipo.verdi.de

Finanztransaktionsteuer

Die seit dem Sommer 2007 anhaltende Finanzmarktkrise – aber auch die Finanzkrisen der vorangegangenen Jahre – zeigt eindrücklich, dass es so nicht weitergehen kann. Ein wichtiges Instrument zur Stabilisierung ist die Besteuerung der Umsätze auf den Finanzmärkten.

Finanzmarkt als Spekulationskarussell

Die Aufgabe der Finanzmärkte ist eigentlich die Finanzierung von Investitionen. Diese Funktion wurde immer mehr durch die Spekulation überlagert. Zum einen war die Investitionstätigkeit nicht mehr so dynamisch wie in früheren Jahrzehnten. Zum anderen gibt es durch die Umverteilung von unten nach oben immer mehr Reiche, die möglichst hohe Renditen für ihre Anlagen erzielen wollen.

Die Finanzmärkte sind zum Spielcasino für Reiche geworden. Das Spekulationskarussell hat sich immer schneller gedreht.

Anfang der 1970er Jahre dienten 95 Prozent der Transaktionen auf den Weltfinanzmärkten der Realwirtschaft. Fünf Prozent waren Spekulation. Nach der Jahrtausendwende ist es genau umgekehrt. Das Anlagen- und Spekulationskarussell dreht sich immer schneller. 80 Prozent aller Wertpapiere wechseln innerhalb von acht Tagen ihren Besitzer, 40 Prozent sogar innerhalb von nur zwei Tagen. Manche Papiere werden innerhalb von Minuten oder Sekunden umgeschlagen.

Grenzen- und regellos – so sollte es nach Meinung der Finanzmarkt-„Experten“ immer weitergehen. Und die Politiker haben mitgemacht und die Spielregeln munter abgebaut.* Jetzt in der Krise ist der Katzenjammer groß und alle wollen plötzlich wieder mehr Regeln. Sagen sie zumindest.

Sand ins Karussellgetriebe

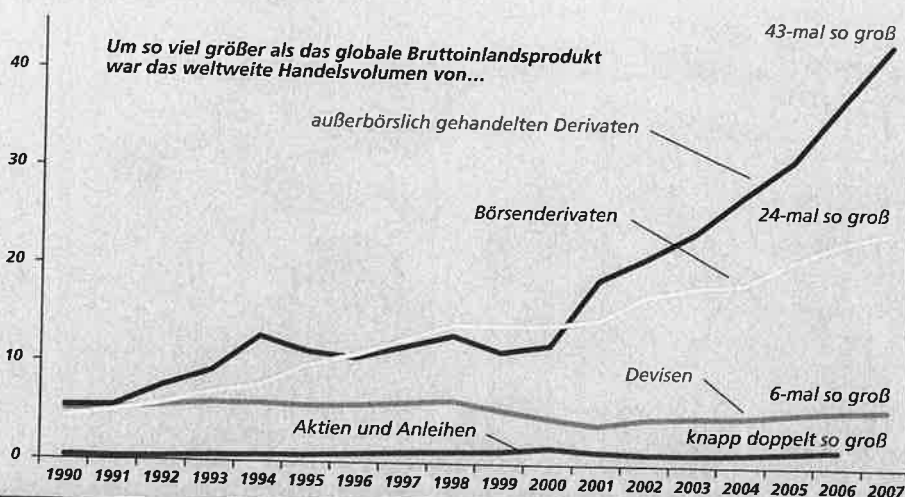
Börsenumsätze wurden in Deutschland mehr als hundert Jahre besteuert. Eigentlich ganz normal. Schließlich zahlen wir auch auf jeden Kauf von Waren und Dienstleistungen Umsatzsteuer.

1991 hat die Regierung Kohl die Börsenumsatzsteuer ersatzlos gestrichen. Der Finanzplatz Deutschland müsse attraktiver werden, so die Begründung. Auch andere Länder haben Steuern auf Finanztransaktionen abgeschafft. Denn natürlich will jeder attraktiver werden. Eine Spirale nach unten.

Viele Länder besteuern Transaktionen jedoch bis heute: Zum Beispiel Großbritannien und weitere neun Länder in der EU, ebenso die Schweiz. Mehrere Länder setzen sich außerdem zur Beruhigung der Devisenmärkte für die Besteuerung von Währungsgeschäften durch die sogenannte Tobin-Steuer ein.

Die Finanztransaktionssteuer verteuert Spekulation und dämpft vor allem den kurzfristigen Handel ein.

Ohne Bezug zur Realwirtschaft



Der Handel mit Wertpapieren hat viel schneller zugenommen als das Wachstum der Weltwirtschaft. Vor allem der Handel mit Derivaten ist explodiert. Derivate sind "Finanz-Produkte", deren Wert von anderen Anlageformen (Aktien, Devisen, Anleihen oder anderen Derivaten) abgeleitet ist.

Quelle: Schulmeister u. a. 2008

Die Finanztransaktionsteuer fasst Börsenumsatz- und Tobin-Steuer zusammen und geht noch darüber hinaus. Sie soll auf alle Käufe und Verkäufe von Wertpapieren und Währungen aller Art erhoben werden, insbesondere auch auf spekulative Finanzprodukte wie Derivate. Nur Neuemissionen, die meistens zur Finanzierung neuer Investitionen getätigt werden, sind ausgenommen.

Mini-Steuersatz mit Maxi-Effekt: Eine 0,01-prozentige Steuer bringt in Deutschland Einnahmen von zehn Milliarden Euro.

Jede Finanztransaktion würde durch eine solche Steuer geringfügig verteuert und dadurch weniger attraktiv. Am stärksten betroffen wären kurzfristige Spekulationen. Hier wird mit hohem Finanzeinsatz versucht, geringste Kursschwankungen auszunutzen. Ebenso hochspekulative Transaktionen, bei denen über das eigene Kapital hinaus massiv zusätzlich Kredite eingesetzt werden. Denn die Steuer wird nicht nur auf das eigene Kapital, sondern auf den gesamten Wert der bewegten Wertpapiere bezogen.

Die Finanztransaktionsteuer soll in erster Linie spekulative Kapitalflüsse verteuern, auf diesem Wege erheblich eindämmen und einen Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte leisten. Zusätzlich kann aufgrund des großen Volumens der besteuerten Transaktionen selbst mit sehr niedrigen Steuersätzen ein hohes Steueraufkommen erzielt werden.

National oder EU-weit?

Besonders wirksam wäre die Einführung der Finanztransaktionsteuer auf internationaler oder wenigstens europäischer Ebene. Bereits bei der europäischen Lösung würde nicht einmal mehr das Argument der drohenden Verlagerung der Finanztransaktionen ziehen. Denn der Handel erfolgt in der Regel innerhalb von Zeitzonen. Würden europäische Wertpapierhändler die Steuer umgehen wollen, müssten sie regelmäßig zu den Öffnungszeiten der anderen Weltbörsen arbeiten.

Möglich ist aber auch die Einführung auf nationaler Ebene. Erst recht bei wirtschaftlich großen Ländern wie Deutschland. Rechtliche Bedenken könnte es lediglich bei der Besteuerung von Währungsgeschäften innerhalb der EU geben, denn nicht alle Mitgliedstaaten haben bislang den Euro eingeführt.

Eine Besteuerung des Umtauschs zum Beispiel von Euro gegen polnische Zloty könnte nach EU-Recht der Freiheit des Kapitalverkehrs widersprechen. Im Zweifelsfall dürfte die Steuer dann nur für alle Finanztransaktion außer für Devisentransaktionen zwischen unterschiedlichen Währungen der EU-Mitgliedstaaten eingeführt werden.

Nach einer aktuellen Studie des *Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO)* in Wien wären mit einem Steuersatz von gerade einmal 0,01 Prozent in Deutschland Steuererträge von zehn Milliarden Euro möglich. Der beabsichtigte Rückgang der Transaktionen ist dabei berücksichtigt.

ver.di fordert:

Eine strenge Regulierung der Finanzmärkte und die Einführung einer Finanztransaktionsteuer von 0,01 Prozent.

